

**Chance
Gemeinnützige
Beschäftigungsgesellschaft
der Stadt Gronau

Wirtschaftsplan**

Wirtschaftsplan 2020

der



Stand 11.11.2019

Inhaltsübersicht

1. Allgemeine Vorbemerkung	Seite	2-3
2. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2020	Seite	4

1. Allgemeine Vorbemerkung

Auf Grundlage des Betriebsergebnisses für den September 2019 wurde der Wirtschafts- und Finanzplan für das Jahr 2020 im November erstellt. Anders als in den Vorjahren, die die Augustdaten zur Erstellung des Wirtschaftsplans zu Grunde legten.

Die Struktur ist der Darstellungsart anderer städtischer Gesellschaften angepasst und enthält demzufolge

- den Erfolgsplan,
- die Stellenübersicht und
- den Finanzplan.

Das Maßnahmeangebot der Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte ist schwerpunktmäßig auf die Förderung fachspezifischer und sozialer Kompetenzen sowie die Reduzierung leichter und mittlerer Vermittlungshemmnisse der zugewiesenen Teilnehmer*innen ausgerichtet.

Die für das kommende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Maßnahmeplanungen gehen – aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre – weiter von einem deutlich verminderten finanziellen Engagement der öffentlichen Fördergeber bei der Vergabe für neue Maßnahme und Projekte zur Integration von Arbeitslosen aus. Umso wichtiger ist die Besetzung der vorhandenen Maßnahme.

Da die Betreuungs-, Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen seit 2009 öffentlich ausgeschrieben werden, muss sich die Gesellschaft in dem Wettbewerb zwischen den bietenden Trägern weiterhin etablieren.

Grundsätzlich bleiben ständige Arbeitsmarktanalysen, Gespräche mit Arbeit- und Fördergebern und die Recherche nach neuen Förderprogrammen zur Ermittlung von realen Bedarfen und die daraus resultierende Entwicklung passgenauer Angebote ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Wie in der Vergangenheit werden auch im Jahr 2020 Integrationskurse zum Spracherwerb angeboten. Nicht absehbar ist, ob die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskurse, aufgrund der geminderten Zuzüge von Flüchtlingen reduziert werden. Es ist jedoch zu erwarten, dass grundsätzlich eine Vermittlung von Deutschkenntnissen auch im Jahr 2020 gefördert wird.

Deutlich wird, dass die Gesellschaft mit ihrem Angebotsportfolio insgesamt in Themenfeldern tätig ist, welche insbesondere durch teilweise sehr kurzfristige politische Einflüsse und Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene bestimmt sind. Dies birgt gerade in der Kurzfristigkeit durchaus eklatante Risiken, welche sich darin äußern, dass verabschiedete Maßnahmen und Projekte häufig zeitlich limitiert sind und dadurch in Teilbereichen eine mittel- oder langfristige Planung deutlich erschwert wird.

Am 8. November 2018 hat der Bundestag dem Teilhabechancengesetz zugestimmt. Nach mehreren Änderungen liegt nun die Reform des Zweiten Sozialgesetzbuchs vor. Mit der Einrichtung des Instruments "Teilhabe am Arbeitsmarkt" (bis zum Jahr 2024 befristet) und einer veränderten Fassung der bereits existierenden "Förderung von Arbeitsverhältnissen" will das Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeitsmarktferne Langzeitbezieher von Hartz IV ab Januar 2019 in Beschäftigung bringen.

(Quelle: O-Ton Arbeitsmarkt)

Eine Einbindung der angekündigten Maßnahmeplätze aus diesem Förderhintergrund ist bereits in den bestehenden Angeboten der Gesellschaft umgesetzt.

Für die Geschäftsführung besteht ein verbindliches Chancen- und Risikomanagement, das zur Erhaltung der Gesamtstruktur notwendig ist. So sind z. B. bei Wegbrechen bestimmter Fördermittel andere zu akquirieren, die die ausgefallenen ersetzen.

Das positive Geschäftsergebnis für das Jahr 2020 und die Folgejahre kann nur durch einen erhöhten Betriebskostenzuschuss der Stadt Gronau erzielt werden.

Der Erfolgsplan enthält alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres.

Wirtschaftsplan 2020

	Planzahlen lt. Wirtschaftsplan 2019	Hochrechnung 2019	Planzahlen 2020
Erlöspositionen			
Erlöse	5.540.800	4.585.600	4.715.700
Zuschüsse	2.372.500	2.386.600	2.338.300
darin enthaltener			
Bkz Stadt		1.230.451	862.000
Investitionskostenzuschuss			108.000
Zuschuss Beratungskosten			240.000
Gesamterlöse	7.913.300	6.972.200	7.054.000
Vorjahresvergleich (Istzahlen)		6.579.200	
Kostenpositionen			
Personalkosten	6.110.600	5.528.000	5.549.700
Sachkosten	1.793.900	1.439.500	1.495.000
Gesamtkosten	7.904.500	6.967.500	7.044.700
Vorjahresvergleich (Istzahlen)		6.376.000	
Saldo	8.800	4.700	9.300
Summe Erlöse	7.913.300	6.972.200	7.054.000
Summe Kosten	7.904.500	6.967.500	7.044.700

Da die Abschlussarbeiten für das Geschäftsjahr 2018 noch nicht abgeschlossen sind und auch die zu Grunde gelegten Zahlen für das Jahr 2019 ebenfalls einer weiteren Prüfung unterliegen, ist dieser Wirtschaftsplan nur als vorläufig zu betrachten und wird sobald erste Ergebnisse der Sanierungsuntersuchung vorliegen, überarbeitet und ergänzt werden müssen.

**Chance
Gemeinnützige
Beschäftigungsgesellschaft
der Stadt Gronau

Jahresabschluss 2018**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018

und

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

der

**Chance gGmbH
Gronau**

– Testatexemplar –

Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Münster · Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene EDV-Software und Lizenzen	10.237,50	15.319,50
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.431,00	4.486,00
2. Technische Anlagen	1.995,00	2.578,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	109.422,00	44.586,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	228.864,39
	134.848,00	
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	25.564,59
2. Genossenschaftsanteile	150,00	150,00
	25.714,59	
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12.522,24	24.989,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Leistungen	287.407,61	305.581,36
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	87.901,86	97.189,71
3. Forderungen gegen Gesellschafter	439.914,88	109.446,91
4. Sonstige Vermögensgegenstände	20.977,37	308,04
	836.201,72	
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	69.036,56	60.996,46
C. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	1.516.760,96	0,00
	<u>2.605.321,57</u>	<u>920.060,07</u>

Passivseite

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00
II. Kapitalrücklage	260.871,76	260.871,76
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	107.679,71	107.679,71
IV. Verlustvortrag	-308.533,81	-105.351,19
V. Jahresfehlbetrag	-1.602.378,62	-203.182,62
VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.516.760,96	0,00
	0,00	85.617,66
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM SACHANLAGEVERMÖGEN	62.001,00	174.350,00
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	1.738.600,00	196.800,00
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	246.378,40	0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 246.378,40 (Vorjahr: EUR 0,00)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	135.154,07	223.871,06
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 135.154,07 (Vorjahr: EUR 223.871,06)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	226.320,56	80.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 80.000,00 (Vorjahr: EUR 65.000,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 146.320,56 (Vorjahr: EUR 15.000,00)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	196.867,54	159.421,35
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 196.867,54 (Vorjahr: EUR 159.421,35)		
- davon aus Steuern: EUR 76.118,72 (Vorjahr: EUR 45.233,80)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 19.378,43 (Vorjahr: EUR 8.796,47)		
	<u>804.720,57</u>	<u>804.720,57</u>
	<u>2.605.321,57</u>	<u>920.060,07</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung für
die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	2018 EUR	2017 EUR
1. Umsatzerlöse	5.308.139,97	4.738.942,56
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-5.931,40	5.613,53
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	2.556,00	57.558,56
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.443.354,16	1.777.120,33
5. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	94.688,56	71.692,05
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.067.161,47	4.304.191,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.040.384,89	922.799,07
- davon für Altersversorgung: EUR 1.200,00 (Vorjahr: EUR 20.856,12)		
	6.107.546,36	5.226.990,44
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	165.640,56	37.650,85
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.968.410,64	1.439.321,20
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	69,75	9,75
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.311,11	458,04
- davon aus Aufzinsung: EUR 281,22 (Vorjahr: EUR 0,00)		
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.640,87	-2,23
12. Ergebnis nach Steuern	1.597.049,62	196.865,62
13. Sonstige Steuern	5.329,00	6.317,00
14. Jahresfehlbetrag	-1.602.378,62	-203.182,62

A N H A N G

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Chance gGmbH hat ihren Sitz in Gronau und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Coesfeld, Reg. Nr. HRB 5968.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 wurde nach den Vorschriften des HGB und den Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB auf. Nach § 21 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Die Aktivseite der Bilanz wurde gemäß § 42 Abs. 3 GmbHG um den Posten "Forderungen gegen Gesellschafter" und die Passivseite der Bilanz um den Posten "Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern" erweitert. Die Passivseite der Bilanz ist zudem gemäß § 265 Abs. 5 HGB um den Posten "Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Sachanlagevermögen" erweitert worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die nachfolgend dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt.

Die Bewertung wurde - trotz der bestehenden bilanziellen Überschuldung – weiterhin unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) vorgenommen, da die durch den Gesellschafter im Jahr 2019 getroffenen Maßnahmen, insbesondere Vornahme einer Kapitalerhöhung und Vereinbarung einer Patronatserklärung zu einer positiven Fortführungsprognose führen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Der Ansatz des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die bezüglich der abnutzbaren Sachanlagen um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert werden. Dabei richten sich die Abschreibungssätze nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 800,00 (Vorjahr EUR 410,00, jeweils ohne Umsatzsteuer) werden im Jahr des Zugangs abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der Gegenstände des Vorratsvermögens erfolgt grundsätzlich zu den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden mit Nominalbeträgen unter Berücksichtigung notwendiger Wertberichtigungen angesetzt. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Forderungen gegen Gesellschafter werden zu Nominalbeträgen angesetzt.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten angesetzt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten angesetzt.

Die Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Sachanlagevermögen enthalten die für Anschaffungen der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens verwendeten Zuwendungsbeträge, vermindert um die Beträge, die den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenständen entsprechen.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden auf den Abschlussstichtag mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit Erfüllungsbeträgen bilanziert.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Zur Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres verweisen wir auf den Anlagennachweis (Anlagenspiegel) als Bestandteil dieses Anhangs.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen ergeben sich als Saldo aus sonstigen Vermögensgegenständen (EUR 116.858,75; Vorjahr TEUR 112), Leistungsforderungen (EUR 34.308,91) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 63.265,80; Vorjahr TEUR 15).

Als Forderungen gegen Gesellschafter sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an die Stadt Gronau (EUR 218.914,88; Vorjahr TEUR 109) sowie Sonstige Vermögensgegenstände (EUR 221.000,00) ausgewiesen.

In den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Sachanlagevermögen werden die passivierten Zuweisungen zur Finanzierung der geförderten Anlagegüter ausgewiesen. Die Entwicklung des Sonderpostens verläuft durch die vorgenommenen Zugänge, Abgänge und Auflösungen im Einklang mit der Entwicklung der entsprechenden Teile des Anlagevermögens.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit TEUR 1.433 (Vorjahr TEUR 11) drohende Rückzahlungsverpflichtungen bzw. zu bildende Rücklagen aus Fördergeldern für die Kindertagesstätten für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2017/2018. Im Übrigen sind in den sonstigen Rückstellungen insbesondere Rückstellungen für rückständige Urlaubsansprüche (TEUR 123; Vorjahr TEUR 106), noch auszuzahlende Gehälter aufgrund Tarifierhöhung (TEUR 60), für Mehrarbeit (TEUR 25; Vorjahr TEUR 18), für Prüfungskosten (TEUR 25, Vorjahr TEUR 5) und für Jubiläumsgelder (TEUR 19; Vorjahr TEUR 17) enthalten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter werden – wie im Vorjahr – sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Verbindlichkeiten	Stand 31.12.2017 EUR	Verbindlichkeit mit einer Restlaufzeit			gesicherte Beträge EUR
		bis 1 Jahr EUR	über 1 Jahr EUR	davon über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten Vorjahr	246.378,40 0,00	246.378,40 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	246.378,40
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Vorjahr	135.154,07 223.871,06	135.154,07 223.871,06	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
3. Verbindlichkeiten gegen- über Gesellschaftern Vorjahr	226.320,56 80.000,00	146.320,56 15.000,00	80.000,00 65.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00
4. Sonstige Verbindlich- keiten Vorjahr	196.867,54 159.421,35	196.867,54 159.421,35	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
Verbindlichkeiten gesamt Vorjahr	804.720,57 463.292,41	724.720,57 398.292,41	80.000,00 65.000,00	0,00 0,00	246.378,40 0,00

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte an den gelieferten Gegenständen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse gliedern sich auf folgende Tätigkeitsbereiche:

	2018	2017	Verände- rung
	TEUR	TEUR	TEUR
Kindergärten	1.966	1.680	286
Arbeitnehmerverleih	2.063	1.806	257
Flüchtlingsunterkunft/Flüchtlingshilfe	300	300	0
Papierentsorgung	108	104	4
Grünpflege	216	186	30
Haushaltsservice	205	223	-18
Containerleerung	82	89	-7
Piratenschiff	7	11	-4
Bauteilbörse	108	43	65
KaDeCe	86	85	1
Gebäudereinigung	9	15	-6
Brennholz	8	3	5
Holzwerkstatt	15	5	10
Tonnentausch	85	88	-3
Glashaus	1	21	-20
Andere	49	80	-31
	5.308	4.739	569

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten mit TEUR 2.285 (Vorjahr TEUR 1.745) Betriebskostenzuschüsse.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten in Höhe von TEUR 1.422 Aufwendungen aus der Dotierung einer Rückstellung für drohende Rückzahlungsverpflichtungen bzw. zu bildende Rücklagen aus Fördergeldern für die Kindertagesstätten für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2017/2018.

Daneben entfallen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen u. a. mit TEUR 341 (Vorjahr TEUR 252) auf Verwaltungsbedarf, mit TEUR 469 (Vorjahr TEUR 411) auf Mieten, Mietnebenkosten, mit TEUR 227 (Vorjahr TEUR 222) auf Fremdarbeiten und mit TEUR 150 (Vorjahr TEUR 136) auf Fahrzeugkosten.

V. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft ist alleinige Anteilseignerin der GFA Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH, Gronau. Das Eigenkapital der Tochtergesellschaft beträgt am 31. Dezember 2018 TEUR 28, das Jahresergebnis 2018 ./.. TEUR 0,2.

Die Gesamtsumme vertraglicher Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB (Mieten) beträgt ca. TEUR 520 jährlich.

Das für das Berichtsjahr als Aufwand erfasste Honorar unseres Abschlussprüfers, der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, einschließlich des Aufwands aufgrund der Bildung von Rückstellungen für die Abschlussprüfung und der weiteren erbrachten Leistungen beträgt TEUR 25. Das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen beinhaltet das Honorar für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts und der Prüfung nach § 53 HGrG.

Weiterhin sind für Abschlussprüfungs- und Beratungsleistungen des Vorjahres nicht über die sonstigen Rückstellungen abgedeckte Aufwendungen von TEUR 15 entstanden.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer ergibt sich wie folgt:

	Kopfzahl
Verwaltung	10
Arbeitnehmerverleih-Verwaltung-	4
Bauteilbörse	5
Grünpflege	7
Papierentsorgung	7
Jugendamt	2
KaDeCe	4
Potentialanalyse	1
Qualifizierung und Beratung	23
Glashaus	1
Kita Pustoblume	21
Kita Rappelkiste	10
Kita Wunderland	12
Schulsozialarbeit	4
Arbeitnehmerverleih-Leiharbeitnehmer-	88
Haushaltsservice-Arbeitnehmerinnen-	14
	213

Organe der Gesellschaft sind gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages:

die Gesellschafterversammlung
 der Aufsichtsrat und
 die Geschäftsführung.

Als Aufsichtsratsmitglieder waren im Berichtszeitraum folgende Personen bestellt:

Bernd Thyhatmer, Finanzberater – Vorsitzender
 Erich Schwartze, Rentner – stellv. Vorsitzender
 Heidi Buskase, kfm. Angestellte
 Sandra Cichon, Erste Beigeordnete der Stadt Gronau
 Gabriele Drees, Lehrerin
 Bernhard Greitenevert, Versicherungsfachmann
 Mechthild Große Dütting, Fachlehrerin
 Christian Holtkamp, Sakristan
 Burkhard John, Pädagoge

Hans-Günter Kendzierski, Leitstellendisponent
Heiko Nordholt, Finanzbeamter
Christa Pfliegner, Rentnerin
Wolfgang Rövekamp, Abteilungsleiter
Ibrahim Savci, Immobilienmakler
Natalie Schiemann, Pädagogin
Markus Schreck, Logistiker/Disponent

Beigeordnete der Stadt Gronau

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2018 Aufwendungen in Höhe von EUR 6.680,80 (Vorjahr EUR 2.451,00).

Geschäftsführerin war im Berichtsjahr Frau Ira von Borczyskowski, Dipl.-Sozialpädagogin.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Berichtsjahr EUR 106.021,29.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 sind folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten:

1. Förderung der Kindertagesstätten

Das Jugendamt der Stadt Gronau hat eine Prüfung der Verwendungsnachweise der Kindertageseinrichtungen der Gesellschaft für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2015/2016 durchgeführt. Gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen (=Kitas) bildet das Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Zwischen den beiden Parteien – Jugendamt der Stadt Gronau und Geschäftsführung der Chance gGmbH – ist strittig in welcher Höhe Gemeinkosten/Verwaltungskosten im Verwendungsnachweis angesetzt werden können. Für die o.g. Kindergartenjahre ermittelte die Stadt einen Rückzahlungs- bzw. Rücklagenbetrag von EUR 793.295,59. Unter Zurechnung der aus der Vorzeit zu bildenden Rücklagen von EUR 13.648,78 ergibt sich ein Gesamtbetrag von EUR 806.944,37. Für die Kindergartenjahre 2016/2017 und 2017/2018 hat die Verwaltung die Berechnung nach der Art der Stadt weitergeführt und kommt danach insgesamt zu einem Rückstellungs-/Rücklagenbedarf von TEUR 1.433, der im vorliegenden Abschluss berücksichtigt wird. Um letztlich eine grundsätzliche Klärung herbeiführen zu können, welche Verwaltungskosten in welcher Höhe anrechenbar sind, wird aller Voraussicht nach der Klageweg vor dem Verwaltungsgericht beschritten werden müssen.

2. Drohende Insolvenzgefahr/Restrukturierungsmaßnahmen

Aufgrund des Jahresfehlbetrags 2018 ist die Gesellschaft bilanziell überschuldet. Zudem verschlechterte sich die Liquiditätslage in 2019 soweit, dass zum Jahresende 2019 Zahlungsunfähigkeit drohte.

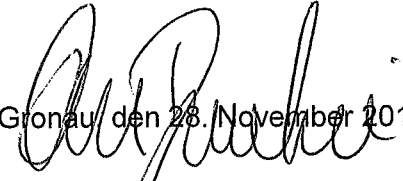
Der Gesellschafter, die Stadt Gronau, hat daher in der Ratssitzung am 30. Oktober 2019 ein Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung und zukünftig auskömmlichen Kapitalausstattung der Gesellschaft beschlossen:

- Die Stadt Gronau leistet zur Eigenkapitalstärkung eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 2.500. Ein erster Teilbetrag von TEUR 600 wird unverzüglich nach Beschlussfassung liquiditätsverstärkend an die Gesellschaft ausgezahlt. Die Zahlung des Restbetrags steht in Abhängigkeit zur Klärung der Abrechnung der Kindertageseinrichtungen. Verluste der Jahre 2018 und 2019 sind nach Feststellung durch die Gesellschafterversammlung mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.
- Sofortige Auszahlung eines Teilbetrags von TEUR 138 aus dem Betriebskostenzuschuss 2019 zur Liquiditätsstärkung
- Auszahlung von TEUR 45 betr. Beauftragung eines Steuerberatungsbüros für die Unterstützung der Verwaltung
- Abgabe einer Patronatserklärung durch die Stadt Gronau zugunsten der Chance gGmbH in Höhe von maximal TEUR 1.000 befristet bis zum 31. Dezember 2022
- Berücksichtigung eines Betriebskostenzuschusses in den Wirtschaftsplänen 2020 und 2021 der Chance gGmbH, der zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis führt
- Vorlage eines Berichts zur detaillierten Verlustursachenanalyse durch die Geschäftsführung an die Stadt Gronau
- Verpflichtung zur Erstellung transparenter Spartenrechnungen, die den Wirtschaftsplänen und den Jahresabschlüssen beizufügen sind (erstmalig für das Wirtschaftsjahr 2018)
- Die Geschäftsleitung der Chance ist zeitlich befristet personell zu verstärken, um eine grundlegende Restrukturierung des Unternehmens zu bewirken, verbunden mit der Zielsetzung, dauerhaft eine Reduzierung von Kostentreibern und Jahresverlusten zu bewirken. Der Sanierungsprozess soll unverzüglich beginnen und ist spätestens zum 31. Dezember 2022 abzuschließen.
- Es ist seitens der Gesellschafterversammlung zu prüfen, in welchen Geschäftsfeldern sich die Chance gGmbH in Zukunft schwerpunktmäßig entwickeln soll.

Die Beschlussfassung sieht wie oben ausgeführt unter anderem auch vor, dass die Geschäftsleitung des Unternehmens zur Begleitung des Restrukturierungsprozesses zeitlich begrenzt verstärkt wird. Derzeit werden diesbezügliche Abstimmungsgespräche geführt.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von EUR 1.602.378,62 auf neue Rechnung vorzutragen.

Gronau, den 28. November 2019

Ira von Borczyskowski
Geschäftsführerin

Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungs- und Herstellungskosten					Aufgelaufene Abschreibungen			Restbuchwerte		
1.1.2018 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2018 EUR	1.1.2018 EUR	Zuführungen EUR	Auflösungen EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE										
Entgeltlich erworbene EDV-Software und Lizenzen										
54.358,54	0,00	0,00	0,00	54.358,54	39.039,04	5.082,00	0,00	44.121,04	10.237,50	15.319,50
II. SACHANLAGEN										
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken										
6.008,72	3.738,58	19.775,82	0,00	29.523,12	1.522,72	4.569,40	0,00	6.092,12	23.431,00	4.486,00
2. Technische Anlagen										
9.301,50	0,00	0,00	0,00	9.301,50	6.723,50	583,00	0,00	7.306,50	1.995,00	2.578,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung										
623.447,52	10.692,52	209.550,14	8.306,29	835.383,89	578.861,52	155.406,16	8.305,79	725.961,89	109.422,00	44.586,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau										
228.864,39	1.862,35	-229.325,96	1.400,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	228.864,39
867.622,13	16.293,45	0,00	9.707,07	874.208,51	587.107,74	160.558,56	8.305,79	739.360,51	134.848,00	280.514,39
III. FINANZANLAGEN										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen										
25.564,59	0,00	0,00	0,00	25.564,59	0,00	0,00	0,00	0,00	25.564,59	25.564,59
2. Genossenschaftsanteile										
150,00	0,00	0,00	0,00	150,00	0,00	0,00	0,00	0,00	150,00	150,00
25.714,59	0,00	0,00	0,00	25.714,59	0,00	0,00	0,00	0,00	25.714,59	25.714,59
947.695,26	16.293,45	0,00	9.707,07	954.281,64	626.146,78	165.640,56	8.305,79	783.481,55	170.800,09	321.548,48

Lagebericht 2018

Chance gGmbH

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

2. Geschäftsverlauf und Lage

Vorbemerkung

a) Ertragslage

Gesamtunternehmen

1. Qualifizierung und Beratung
2. Gewerbliche Dienstleistungen
3. Kinder und Jugend
4. Arbeitnehmerüberlassung
5. Verwaltung

b) Finanzlage

c) Vermögenslage

d) Gesamtaussage

III. Chancen- und Risikobericht, Prognose Ausblick

a) Chancen und Risiken

1. Qualifizierung und Beratung
2. Gewerbliche Dienstleistungen
3. Kinder und Jugend
4. Arbeitnehmerüberlassung

b) Prognose und Aussicht

1. Kita-Abrechnung
2. Restrukturierungsmaßnahme

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Stadt Gronau ist alleinige Inhaberin der Geschäftsanteile des kommunalen Unternehmens.

Sitz des Unternehmens ist Gronau. Das Unternehmen ist vorwiegend örtlich, in Teilbereichen auch regional tätig.

Die Chance gGmbH verfolgt seit 1995 ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Ihr Auftrag ist die Beschäftigung von Erwerbslosen, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit sonstigen Vermittlungshemmnissen in kommunal oder gesellschaftlich nützlichen Betätigungsfeldern im Auftrag der Stadt Gronau im Wege der Organisations- und/oder Erfüllungsprivatisierung sowie deren Qualifizierung und Betreuung mit dem Ziel, die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

In Erfüllung dieses Gesellschaftszwecks sind Gegenstand des Unternehmens:

- die berufliche Qualifizierung, sprachliche Bildung und Umschulung,
- die Beratung und die begleitende berufs- und sozialpädagogische Betreuung,
- die Durchführung von Beschäftigungsprojekten und arbeitstherapeutischer Maßnahmen,
- die Durchführung grenzüberschreitender Qualifizierungs-, Sprach-, Beratungs-, Betreuungs-, Integrations-, Austausch- und Beschäftigungsprojekten,
- hauswirtschaftliche Dienstleistungen und ein Mahlzeitendienst.

Weiterer Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb und die Unterhaltung von Kindertagesstätten.

Die Gesellschaft führt auch nicht auf den Gewinn ausgerichtete, gemeinnützige Arbeitsvermittlung und gemeinnützigen Verleih von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch.

Zur Erreichung des Gesellschaftszwecks arbeitet die Gesellschaft mit der Stadt Gronau, der Arbeitsverwaltung, dem Job-Center des Kreises Borken, Trägern der beruflichen Qualifizierung, Betrieben und sonstigen hierzu berufenen Stellen zusammen. Zur Erfüllung des Auftrages der Stadt Gronau kann die Gesellschaft Leistungsbeziehungen zu Dritten eingehen.

Auf Grundlage der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren, insbesondere mit dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen und der Zunahme der Zahl der ankommenden Flüchtlinge in Deutschland, sind in der jüngeren Vergangenheit neue Geschäftsfelder zu den Angeboten der Chance

gGmbH hinzugekommen. Hierzu zählen bspw. die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen einer aufsuchenden Arbeit und ein Angebot in der Schulsozialarbeit.

Die zusätzlichen Angebote fanden in einer geänderten Fassung des Gesellschaftsvertrages im September 2017 unter §2 zum Zweck und Gegenstand der Gesellschaft ihre Berücksichtigung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Als gemeinnützige Gesellschaft für Menschen mit Vermittlungshemmnissen arbeitet die Chance stetig an der Entwicklung und Durchführung von Projekten, die in dieser Form einzigartig sind bzw. sonst nicht angeboten werden. Geförderte Arbeit in den gewerblichen Diensten, Arbeitsgelegenheiten (sog. 1,- €-Jobs) und die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung bilden das Angebotsportfolio im Beschäftigungsbereich. Alle Projekte werden durch sozialpädagogische Betreuung begleitet.

Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte galten im Jahr 2018 in Gronau 2.393 Personen (2.658 im Jahr 2017) von denen 1.019 Personen (1.018 im Jahr 2017) arbeitslos gemeldet waren. Anders als in Deutschland insgesamt, haben sich in Gronau die Arbeitslosenzahlen verstetigt.

Mit dem Teilhabechancengesetz wurde zum 1.1.2019 ein sozialer Arbeitsmarkt eingeführt, der langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven aus der Arbeitslosigkeit und einen Weg in den Arbeitsmarkt und in einen geregelten Arbeitsalltag eröffnet

Die Chance steht in Bezug auf Teilbereiche ihres Angebotes im starken Wettbewerb bzw. Austausch mit anderen Trägern der Sozialwirtschaft. Im Bereich der Qualifizierungs- und Betreuungsmaßnahmen werden ausgeschriebene Maßnahmen des Kreises Borken sowie der Stadt Gronau angeboten. Einzelne Bildungsmaßnahmen wurden, obwohl sie sich stark an den Bildungszielplanungen der Arbeitsagentur und der des Jobcenters des Kreises Borken orientieren, gar nicht durchgeführt. Weiterhin gab es keine speziellen Förderungen für besonders niederschwellige Maßnahmen. Eine Nichtauslastung der Maßnahmen durch fehlende Zuweisungen durch das Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit wird stetig im Austausch mit den dort zuständigen Sachbearbeitern und deren Vorgesetzten besprochen.

Als Sprachkursanbieter führt die Chance Deutschkurse zur Zielerreichung der Qualifikation bis B1 durch, andere Qualifikationsstufen werden durch weitere Träger durchgeführt. Die Zahl der durchgeführten Sprachkurse wurde im Jahr 2018 nochmal erhöht, der aktuelle Trend aufgrund der rückgängigen Flüchtlingszahlen wird sinkende Kurszahlen bewirken.

Die zum 01.08.2017 neu geschaffene Kindertagesstätte Wunderland wurde in 2018 erstmalig ganzjährig betrieben. Die Zahl der zu betreuenden Kinder ist nach aktuellen Zahlen der Stadt Gronau für Gronau gleichbleibend bis steigend, so dass ins-

gesamt eine Vollausslastung der 3 Tagesstätten im Betrieb der Chance auf Dauer zu erwarten ist.

Die Situation im Arbeitnehmerverleih ist konform der Entwicklung in der Branche schwierig. Eine neue Gesetzgebung zur Leiharbeit in Bezug auf die Gleichstellung der Mitarbeiter und einer max. Verleihzeit von 18 Monaten an entleihende Betriebe hat Einfluss auf die Verwaltung, die Disposition und die Rechnungslegung sowie auf das Gesamtergebnis der Abteilung. Die gewünschte Vermittlung von Arbeitskräften bleibt dennoch vorrangiges Ziel.

2. Geschäftsverlauf und Lage

Vorbemerkung

Hinsichtlich der Ergebnisdarstellung ist darauf hinzuweisen, dass diese sich hinsichtlich der Verteilung der Verwaltungsgemeinkosten an dem System orientieren, welches bei den bereits eingereichten Abrechnungen der Kindertagesstätten seit dem Kindergarten-Jahr 2012/2013 angewandt wurde. Hierbei wurde eine Umverteilung der Verwaltungsgemeinkosten mit dem Verteilschlüssel nach Erlösen vorgenommen. Die ursprüngliche Anwendung des Verteilschlüssels nach Kopfzahlen innerhalb der Kostenrechnung ist daher im Nachgang entsprechend manuell umgestellt worden.

Zu Vergleichszwecken wurden auch die Daten 2017 entsprechend angepasst. Aufgrund des geänderten Umlageschlüssels kommt es teilweise zu deutlichen Verschiebungen bei der Zuordnung der Verwaltungsgemeinkosten bei den Bereichen. Die Belastung steigt bzw. sinkt in Abhängigkeit von direkten zugeordneten Erlösen.

Der seitens des Gesellschafters, der Stadt Gronau, gewährte Betriebskostenzuschuss ist separiert und nicht in der Gemeinkostenumlage berücksichtigt.

Die nachfolgend genannten Beträge sind auf glatte T€ kaufmännisch gerundet.

a) Ertragslage

Gesamtunternehmen

Das Wirtschaftsplanergebnis mit T€ 2 wurde deutlich verfehlt. Die Chance weist im Jahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 1.602 ein schlechteres Jahresergebnis als im Vorjahr (Fehlbetrag T€ 203) aus. Hierzu folgende Darstellung:

	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 5.406.389 €	- 6.103.496 €	- 697.106 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 1.338.404 €	- 3.091.412 €	- 1.753.008 €
Gesamtaufwendungen	- 6.744.794 €	- 9.194.908 €	- 2.450.114 €
Umsatzerlöse	4.796.501 €	5.307.312 €	510.811 €
sonst. Betriebl. Erträge	1.508.110 €	1.635.035 €	126.925 €
Gesamterlöse	6.304.611 €	6.942.346 €	637.735 €
Betriebskostenzuschuss*	237.000 €	447.000 €	210.000 €
Verlustrausgleich 2017		203.183 €	203.183 €
Jahresergebnis	- 203.183 €	- 1.602.379 €	- 1.399.196 €

Steigende Personalaufwendungen um T€ 697 und sonstige Aufwendungen um T€ 1.753 konnten in 2018 durch ebenfalls steigende Umsatzerlöse, T€ 511 und sonstige Erträge um T€ 127 nicht aufgefangen werden. Auch durch die Zuführung eines um T€ 210 erhöhten Betriebskostenzuschusses durch den Gesellschafter sowie die Zuführung des Verlustrausgleiches durch den Gesellschafter für den Jahresfehlbetrag aus 2017 von T€ 203 konnte keine Deckung der Aufwendungen erzielt werden.

Die sonstigen Aufwendungen sind in 2018 durch eine Rückstellungsdotierung von T€ 1.422 betr. drohende Rückzahlungsverpflichtung von Mitteln zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen belastet.

1. Qualifizierung und Beratung

	Qualifizierung und Beratung		
	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 723.768 €	- 802.146 €	- 78.378 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 197.517 €	- 167.325 €	30.192 €
Umsatzerlöse	309.896 €	301.462 €	- 8.434 €
sonst. Betriebl. Erträge	844.283 €	822.051 €	- 22.233 €
Umlage Gemeinkosten d. Verwaltung	- 118.469 €	- 172.254 €	- 53.785 €
Ergebnis	114.424 €	18.213 €	- 132.637 €

Für erhöhte Personalkosten im Bereich der Qualifizierung und Beratungsmaßnahmen um T€ 78 auf T€ 802 waren in 2018 hauptsächlich die ganzjährige Durchführung, in 2017 nur halbjährig, der Kenntnisfeststellung für Flüchtlinge mit +

T€ 42 und die Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund mit + T€ 14 verantwortlich. In den Sprachkursen blieben trotz geänderter Kurszahlen die Personalaufwendungen nahezu gleich, dies u.a. aufgrund der Beschäftigung von vorjährigen Honorarkräften in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Erzielte Einsparungen in den sonstigen Aufwendungen durch die Umwandlungen dieser Verträge wurden durch rückgängige Umsatzerlöse und sonstige Erträge nahezu aufgezehrt.

Inkl. der anteiligen Overheadkosten der Verwaltung für den Bereich, T€ 53 mehr als in 2017, führte dies zu einer gesamt Abweichung um - T€ 133 in 2018 und einem Ergebnis von - T€ 18.

2. Gewerbliche Dienstleistungen

	Gewerbliche Dienstleistungen		
	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 763.874 €	- 727.989 €	35.885 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 310.835 €	- 372.943 €	- 62.108 €
Umsatzerlöse	640.197 €	721.831 €	81.634 €
sonst. Betriebl. Erträge	192.996 €	128.323 €	- 64.673 €
Umlage Gemeinkosten d. Verwaltung	- 96.962 €	- 148.577 €	- 51.615 €
Ergebnis	- 338.477 €	- 399.354 €	- 60.877 €

Im Bereich der gewerblichen Dienstleistungen fiel die Entwicklung der Personalkosten unterschiedlich aus. Durch die Integration von anleitenden Arbeitskräften aus der Flüchtlingsmaßnahme FIM stiegen die dortigen Kosten um T€ 35. In anderen Bereichen sanken die Personalkosten insgesamt durch personelle Anpassungen um ca. T€ 71, somit waren die gesamten Personalkosten um T€36 geringer als im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um T€ 62 höher als im Vorjahr. Allein in der Bauteilbörse der Chance entstanden u.a. durch den Einsatz von Arbeitskräften aus dem Arbeitnehmerverleih für Auftragsspitzen und höhere Entsorgungskosten erhöhte Aufwendungen von T€ 69. Umsatzsteigerungen in Höhe von T€ 81 erwirtschaftete in großen Teilen auch die Bauteilbörse mit T€ 51. Weitere Steigerungen konnten in der Grünpflege mit T€ 35 erzielt werden. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist mit T€ 65 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Allein in der Flüchtlingsintegrationsmaßnahme sanken auf Grund von geringeren Zuweisungen die Förderungen um T€ 38. Die Verwaltungsumlage schlägt mit T€ 149 zu Buche (Vorjahr T€ 97) und ist somit um T€ 52 höher als im Vorjahr. Insgesamt verschlechterte sich der Bereich um T€ 61 auf –T€ 399.

3. Kinder und Jugend

	Kinder und Jugend		
	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 1.426.887 €	- 1.728.384 €	- 301.497 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 401.061 €	- 1.858.121 €	- 1.457.060 €
Umsatzerlöse	1.754.737 €	1.991.975 €	237.238 €
sonst. Betriebl. Erträge	458.955 €	441.414 €	- 17.541 €
Umlage Gemeinkosten d. Verwaltung	- 343.017 €	- 415.866 €	- 72.849 €
Ergebnis	42.727 €	- 1.568.981 €	- 1.611.709 €

Die Personalkosten Bereich Kinder und Jugend sind um T€ 301 höher als im Vorjahr. Dies liegt insbesondere daran, dass die Kita Wunderland in 2018 erstmalig ein volles Jahr im Betrieb war. Zudem war eine Tarifsteigerung nach dem geltenden Haustarif durchzuführen, welche eine stufenweise Anpassung an den TVÖD vorsieht. Im Geschäftsjahr 2018 war die 2.Stufe umzusetzen, welche eine Personalkostensteigerung in Höhe von T€ 26 nach sich zog. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen schlugen mit T€ 1.858 zu Buche und beinhalten eine Dotierung der Rückstellungen für die Kita-Abrechnungen in Höhe von T€ 1.422. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind somit um T€ 1.457 höher als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse stiegen um T€ 237, reichten aber nicht aus, um die Personalkostensteigerung zu kompensieren. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um T€ 18 geringer als im Vorjahr, auffällig ist die Steigerung in der Potentialanalyse mit T€ 38 und der Rückgang der Förderungen der Produktionsschule durch nicht auslastende Zuweisungen mit - T€ 47. Die umgelegten Verwaltungskosten sind um T€ 72 höher als in 2017. Das Defizit in diesem Bereich aufgrund der Höherdotierung der Rückstellung und der nicht auskömmlichen Gegenfinanzierung der Personalkosten wie auch den höheren Verwaltungskosten beläuft sich auf T€ 1.569.

4. Arbeitnehmerüberlassung

	Arbeitnehmerüberlassung		
	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 1.861.607 €	- 2.207.265 €	- 345.658 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 42.407 €	- 31.088 €	11.319 €
Umsatzerlöse	2.029.107 €	2.268.455 €	239.348 €
sonst. Betriebl. Erträge	7.917 €	16.112 €	8.195 €
Umlage Gemeinkosten d. Verwaltung	- 228.702 €	- 374.214 €	- 145.512 €
Ergebnis	- 95.692 €	- 328.001 €	- 232.309 €

Die Personalkosten im Bereich Arbeitnehmerüberlassung liegen um T€ 346 höher als im Vorjahr. Ursächlich ist zum einen, dass im Durchschnitt mehr Personal als in 2017 beschäftigt wurde, zuzüglich einer erhöhten, benötigten Personalstruktur in der Verwaltung und eine Tarifierhöhung in 2018. Auch das neue Gleichstellungsgesetz in der Zeitarbeit hat Einfluss auf die Zahlen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um T€ 11 niedriger als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse konnten um T€ 239 gesteigert werden. Die Umlage der Verwaltungskosten ist um T€ 146 höher als im Vorjahr. Auch in diesem Bereich ist das Ergebnis deutlich negativer ausgefallen als im Vorjahr, um T€ 232 auf ein Defizit von T€ 328.

5. Verwaltung

Die auf die übrigen Bereiche verteilten Verwaltungsgemeinkosten entwickelten sich wie folgt:

	Verwaltung		
	Ist 2017	Ist 2018	Abweichung
Personalaufwand	- 630.253 €	637.711 €	- 7.458 €
sonst. betriebl. Aufw.	- 386.585 €	724.111 €	- 337.526 €
Umsatzerlöse	62.564 €	23.589 €	- 38.975 €
sonst. Betriebl. Erträge	3.959 €	227.135 €	223.176 €

Der Personalaufwand bewegt sich auf Vorjahresniveau und weist lediglich eine geringe Steigerung in Höhe von T€ 8 auf. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund der 2018 durchgeführten Tarifsteigerung nur deshalb möglich gewesen, da sich die Personalkosten durch Langzeiterkrankung (Krankengeldbezug), der fristlosen Kündigung einer hochdotierten Mitarbeiterin und der erst sehr verzögerten Nachbesetzung reduziert haben.

Dieser Umstand hat letztlich auch die deutliche Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zur Folge.

So sind im Zuge der Jahresabschlussarbeiten 2017 zur Unterstützung der Vorbereitungen durch einen externen Dienstleiter zusätzliche Aufwendungen in Höhe von T€ 58 entstanden. Die Abschluss- und Prüfungskosten für das Jahr 2018 sind mit T€ 53 um T€ 43 höher als im Vorjahr. Ferner sind die Rechts- und Beratungskosten mit T€ 29 um T€ 22 angestiegen.

Durch notwendige in Anspruch zu nehmende Serviceleistungen sind Aufwendungen für die EDV um T€ 22 auf T€ 25 angestiegen.
Die Aufwendungen für die Miete der Verwaltung, welche seit dem 01.01.2018 in der Fabrikstr. 3 ihren Sitz hat, sind um T€ 29 auf T€ 60 angestiegen.

Als ein weiterer stark belastender Vorgang in den Aufwendungen ist die nachgelagerte Abrechnung des Meisters in der Gebäudereinigung für die Jahre 2013 bis 2018 in Höhe von T€ 143 zu berücksichtigen gewesen. Dieser war bis zum 10.01.2019 seitens der Stadt Gronau der Chance überlassen. Dem steht aber unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ein Zuschuss der Stadt von T€ 138 gegenüber.

Die restlichen gestiegenen Aufwendungen in Höhe von T€ 30 beinhalten Erhöhungen bei den Versicherungen (+T€ 4), gestiegenen Telefonkosten (+ T€ 5), erhöhten Reinigungskosten (+T€ 4) und weiteren Positionen.

b) Finanzlage

Das Geschäftsjahr 2018 war durch eine sich immer weiter verschlechternde Liquiditätslage gekennzeichnet. Die äußerte sich in der stetig anwachsenden Inanspruchnahme einer Kreditlinie bei der Hausbank. Bei Jahresende lag die Inanspruchnahme bei T€ 246.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine nennenswerten Ersatzinvestitionen in das Anlagevermögen vorgenommen.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist insbesondere durch Abschreibungen auf Sachanlagen gegenüber dem Vorjahr um T€ 151 (47%) gesunken.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 319 (53 %) erhöht. Der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ist um T€ 12 auf T€ 13 rückläufig, ebenso nahmen auch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen mit insgesamt T€ 28 auf insgesamt T€ 375 ab. Insbesondere bei den Forderungen gegen den Gesellschafter ist ein deutlicher Anstieg um T€ 331 auf T€ 440 zu verzeichnen.

Das Eigenkapital ist aufgrund des deutlich negativen Jahresergebnisses in Höhe von T€ 1.602 aufgezehrt und es wird ein durch Eigenkapital nicht gedeckter Fehlbetrag in Höhe von T€ 1.517 ausgewiesen.

Die Sonderposten für Investitionszuschüsse bilden die Finanzierung von Anlagevermögen der Kindertagesstätten durch Zuschüsse ab. Die Veränderung betrifft im Wesentlichen die Auflösung in Höhe der Abschreibungen auf die finanzierten Anlagegüter.

Die Rückstellungen erhöhten sich um T€ 1.542 auf T€ 1.739. Aufgrund der bisher noch nicht geklärten Problematik bei der Kita-Abrechnung erfolgte eine Rückstellungsdotierung in Höhe von T€ 1.422 (Vorjahr T€ 11). Weiterhin nahmen insbesondere die Rückstellungen für nicht abgegoltenen Urlaub um T€ 17 auf T€ 123 und für Überstunden um T€ 8 auf T€ 26 zu. Für die Tarifierhöhung 2018 wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 60 gebildet.

Die übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 325 auf T€ 724 gestiegen. Insbesondere beinhalten diese die Inanspruchnahme einer bei der Hausbank bestehenden Kreditlinie mit T€ 246 zum Bilanzstichtag. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit T€ 89 auf T€ 135 rückläufig. Ein deutlicher Anstieg ist bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter mit T€ 131 auf T€ 146 zu verzeichnen. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit T€ 197 um T€ 37 höher als im Vorjahr.

Langfristige Verbindlichkeiten belaufen sich auf T€ 80 (Vorjahr T€ 65) und bestehen aus einem von der Stadt Gronau gewährtem Liquiditätsdarlehen, bei dem derzeit eine Tilgungsaussetzung besteht.

4. Gesamtaussage

Die Chance bewegt sich insgesamt in einem schwierigen Betätigungsfeld. Dieses äußert sich dahingehend, teilweise recht deutlich, dass sämtliche Bereiche des Unternehmens defizitär sind. Es ist jedoch anzumerken, dass die Chance in ihrer Gesamtaufstellung Bereiche bedient, welche unter anderem auch kommunale Aufgaben umfassen, von denen viele aufgabenbedingt Verluste nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund ist zu betonen, dass eine Minimierung der Verluste und damit einhergehend auch eine Reduzierung des notwendigen Betriebskostenzuschusses nur bedingt möglich ist.

Als wesentlicher ergebnisbelastender Vorgang des Jahresergebnisses 2018 ist die Dotierung einer Rückstellung für die Kita-Finanzierung aus dem KiBiz des Landes NRW die Kita-Jahre 2012/2013 bis 2017/2018 zu benennen. Die Kita-Abrechnung befindet sich aktuell im Abstimmungsprozess mit dem Jugendamt der Stadt Gronau. Es besteht eine unterschiedliche Beurteilung zu den abrechnungsfähigen Gemeinkosten. Aus den vorläufig ermittelten Überzahlungen ergibt sich ein von der Chance berechneter Rückforderungsbetrag von T€ 1.422. Die Prüfung durch die Stadt ist zum Berichtszeitpunkt nicht abschließend vorgenommen. Rückforderungsbescheide liegen nicht vor. Unter Berücksichtigung des aktuellen Kenntnisstandes, ist der zusätzliche Rückstellungsbedarf aus Gründen der Vorsicht in entsprechender Höhe als notwendig erachtet worden.

Diese Tatsachen und die daraus resultierende Liquiditätsenge in Verbindung mit den bereits geschilderten Problemen im Bereich der Verwaltung (Personal), lassen eine grundlegende Organisationsuntersuchung bzw. Restrukturierung des Unternehmens und die schnelle Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Behebung dieser als dringend notwendig erscheinen. Zur Durchführung dieser Maßnahme ist eine auskömmliche Eigenkapitalausstattung Grundvoraussetzung, um einer Insolvenz des Unternehmens und einer Illiquidität nachhaltig entgegenzuwirken.

III. Chancen- und Risikobericht , Prognose und Aussicht

a) Chancen und Risiken

Die Gesellschaft ist mit ihrem Angebotsportfolio insgesamt in Themenfeldern tätig, die insbesondere durch teilweise sehr kurzfristige politische Einflüsse und Entscheidungen bestimmt sind. Dies birgt gerade in der Kurzfristigkeit durchaus eklatante Risiken, die sich darin äußern, dass bewilligte Maßnahmen und Projekte häufig zeitlich limitiert sind und dadurch in Teilbereichen eine mittel- oder sogar langfristige Planung deutlich erschwert wird.

Auf der anderen Seite ergeben sich aufgrund neuer politischer Gegebenheiten (Stichwort Zuwanderung und Integration) und in der Folge getroffenen Beschlüssen der politischen Entscheider stets auch neue Betätigungsfelder als Ergänzung zum vorhandenen Portfolio.

Um in dem beschriebenen Umfeld erfolgreich und flexibel tätig sein zu können, d. h. Risiken mit dem richtigen Maß zu begegnen und auch bei sich kurzfristig ergebenden Chancen schnell zu handeln, stellt sich die Gesellschaft dieser komplexen Herausforderung dahingehend, dass ständige Arbeitsmarktanalysen und Gespräche mit Arbeit- und Fördergebern geführt werden. Die laufende Recherche nach neuen Förderprogrammen ist dabei obligatorisch.

1. Qualifizierung und Beratung

Bereits für das Jahr 2018 war nicht absehbar ob die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskurse aufgrund geminderter Zuzüge reduziert werden. Tatsächlich konnten die Sprachkursangebote ausgebaut werden. Für das Jahr 2019 zeichnet sich tatsächlich ein Rückgang der Kursangebote mangels Nachfrage ab.

Die für das kommende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Maßnahmeplanungen gehen – aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre – weiter von einem deutlich verminderten finanziellen Engagement der öffentlichen Fördergeber bei der Vergabe für neue Maßnahme und Projekte zur Integration von Arbeitslosen aus. Umso wichtiger ist die Besetzung der vorhandenen Maßnahmen.

Es muss auch zukünftig darauf hingewirkt werden, dass bewilligte Maßnahmeplätze eine höhere Belegungsquote generieren (2018 liegt die Belegungsquote bei 75%), da sowohl Personalressourcen als auch Infrastruktur überwiegend unabhängig von der Belegung vorgehalten werden müssen.

Da die Betreuungs-, Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen seit 2009 öffentlich ausgeschrieben werden, muss sich die Chance gGmbH in dem Wettbewerb zwischen den bietenden Trägern weiterhin etablieren.

Grundsätzlich bleiben ständige Arbeitsmarktanalysen, Gespräche mit Arbeit- und Fördergebern und die Recherche nach neuen Förderprogrammen zur Ermittlung von realen Bedarfen und die daraus resultierende Entwicklung passgenauer Angebote ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

2. Gewerbliche Dienstleistungen

Der Bereich Gewerbliche Dienstleistungen ist unter Betrachtung des rein operativen Ergebnisses der am stärksten defizitäre Bereich der Chance. Die Aufwandssituation und Erlössituation soll insbesondere durch die verstärkte Anbahnung von Kooperationen verbessert werden. So ist bereits eine Maßnahme mit einem Kfz – Betrieb eingeleitet. Zur Reduzierung von Mietkosten sind für diesen bereits nicht genutzte Räumlichkeiten untervermietet. Auch ist eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Kfz-Reparaturen des eigenen Fuhrparks zu deutlich besseren Konditionen vorgesehen. Kurzfristig ist die kooperative Einbindung des Kfz-Betriebes im Rahmen eines noch abzustimmenden Maßnahmenangebotes geplant.

Auch gibt es derzeit Überlegungen, weitere Maßnahmen mit angepassten Konzepten wiederzubeleben bzw. neu zu entwickeln.

3. Kinder und Jugend

Mit innovativen Betreuungskonzepten der Kindertageseinrichtungen wird den sozialen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen dauerhaft Rechnung getragen und ein flexibles, erweitertes Bildungs- und Betreuungsangebot für unterschiedliche familiäre Bedarfslagen eingerichtet. Insbesondere die Unterstützung berufstätiger und alleinerziehender Eltern ist auch in Zukunft ein besonderes Anliegen der Unternehmung. Zudem soll umfassend der Bereich der Sprach- und Kommunikationsförderung Raum finden im gesamten Alltag unserer Einrichtungen. Dies gestaltet sich heute umso wichtiger, da es auch in den Kindertageseinrichtungen in den kommenden Jahren um das Gelingen der Flüchtlingsintegration gehen wird.

Als großes Risiko wird in diesem Bereich der langanhaltende Fachkräftemangel an Erziehern und sozialpädagogischen Kräften angesehen, der es den eigenen Erfahrungen nach äußerst schwierig macht, schnell adäquaten Ersatz rekrutieren zu können. Vielmehr ist sogar festzustellen, dass Mitarbeiter von Mitbewerbern aktiv angesprochen werden und mit entsprechend höheren Gehaltsangeboten zum Wechsel bewegt werden sollen. In Kenntnis dieser Lage am Arbeitsmarkt ist die zukünftige Akquise nur mit einem höheren Gehaltsangebot Erfolg versprechend.

4. Arbeitnehmerüberlassung

Die seit 2018 greifenden veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Arbeitnehmerüberlassung (z. B. der Verleihzeitraum von max. 18 Monaten) bedingen einen größeren administrativen Aufwand, der sich auch in der notwendigen Personalstärke bemerkbar macht. Auswirkungen haben die durchaus beabsichtigten erzielten Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt. Geht man davon aus, dass die leistungstärksten Mitarbeiter/-innen vermehrt von den Entleihbetrieben in eine dauerhafte Beschäftigung übernommen werden, ergibt sich daraus, dass mit den verbleibenden Mitarbeitern/-innen nicht so hohe Einnahmen zu erzielen sind. Durch die bereits durchgeführte personelle Neuaufstellung dieses Bereiches in Verbindung mit zu definierenden Zielvorgaben zur verstärkten Akquise von Neukundengeschäft wird für 2019 ein verbessertes Betriebsergebnis erwartet.

b) Prognose und Aussicht

1. Kita-Abrechnung

Die Thematik der Kita-Abrechnung umfasst die Kita Jahre 2012/2013 bis 2017/2018. Insbesondere gibt es hier grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Jugendamt der Stadt Gronau und der Geschäftsführung hinsichtlich der anrechenbaren Höhe der Gemeinkosten. Seitens des Jugendamtes werden die Regelungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) dahingehend interpretiert, dass lediglich eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 2% berücksichtigungsfähig sei. Die Geschäftsführung vertritt demgegenüber die Auffassung, dass die im Rahmen des

KiBiz gewährten pauschalen Mittel nicht mit der Einschränkung einer Deckelung für die Gemeinkosten vorgesehen sind.

Man ist übereingekommen, die seinerzeit vorgelegten Verwendungsnachweise einer neuerlichen grundlegenden Überprüfung zu unterziehen. Der Vorgang befindet sich seit November 2018 in der Aufarbeitungsphase.

Das eventuelle Rückzahlungsrisiko aus eventuellen Beanstandungen der vorgelegten Verwendungsnachweise wurde im Geschäftsjahr 2017 und 2018 seitens der Geschäftsführung lediglich mit TEUR 11 bewertet. Wegen der aktuellen Kenntnislage auf Basis der nunmehr vorliegenden angepassten Verwendungsnachweise ist die Notwendigkeit erkannt worden, dass hieraus resultierende Rückzahlungsrisiko mit einer zusätzlichen Rückstellung in Höhe von TEUR 1.422 zu dotieren.

Aufgrund der Tatsache, dass eine Einigung hinsichtlich der anrechenbaren Verwaltungskosten nicht erzielt werden konnte, ist man übereingekommen, dass die Verwendungsnachweise seitens der Chance auf Basis der eigenen Auslegung des KiBiz eingereicht werden. Nach abschließender Prüfung des Jugendamtes der Stadt Gronau werden voraussichtlich Bescheide ergehen, welche dieser Sichtweise nicht folgen werden. Um letztlich eine grundsätzliche Klärung herbeiführen zu können, welche Verwaltungskosten in welcher Höhe anrechenbar sind, wird aller Voraussicht nach der Klageweg vor dem Verwaltungsgericht beschritten werden müssen.

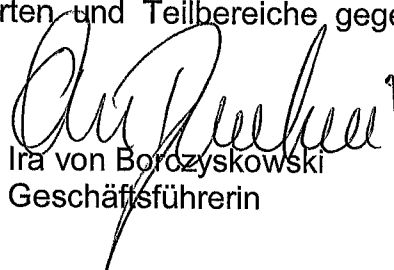
2. Restrukturierungsmaßnahme

Bereits aufgrund des negativen Verlaufs des Geschäftsjahres 2017 ist die Notwendigkeit erkannt worden, dass zur Feststellung vorhandener Probleme im Unternehmen eine grundlegende Überprüfung der bestehenden Organisationsstruktur mit Hilfe einer Unternehmensberatung dringend notwendig ist. Für die Haushaltsplanungen des Geschäftsjahres 2019 ist hierzu ein Budget in Höhe von TEUR 50 eingeplant worden. Nach längeren Abstimmungsgesprächen nahm schließlich eine Unternehmensberatungsgesellschaft im April 2019 die Arbeiten im Hause auf um eine umfassende Bestandsaufnahme durchzuführen. Die Ergebnisse wurden schließlich in der Aufsichtsratssitzung am 01.07.2019 und der darauf folgenden Gesellschafterversammlung am 10.07.2019 vorgestellt. Im Wesentlichen wurde festgestellt, dass das interne Rechnungswesen des Unternehmens derzeit nur bedingt in der Lage ist, die Struktur des Unternehmens abzubilden, somit die Unternehmens- und Leistungsstruktur im internen Rechnungswesen nicht wiedererkannt werden kann. Auch musste festgestellt werden, dass Instrumente zur Organisation der Unternehmensführung nicht oder in nicht geeigneter Weise vorhanden sind. Als eine Hauptaufgabe, welche durch einzuleitende Sofortmaßnahmen in Angriff zu nehmen ist, wurde die personelle Reorganisation der Bereiche Buchhaltung und Personalwesen erkannt. Insbesondere hier wurde festgestellt, dass das Unternehmen auf Grund der knappen personellen Ausstattung derzeit kaum in der Lage ist, seinen unternehmerischen Nebenaufgaben sachgerecht nachzukommen. Die erkannten Problematiken wurden jedoch als entwickelungsbeziehungsweise behebbar benannt.

Aufgrund des sich auch für das Geschäftsjahr 2019 abzuzeichnenden negativen Jahresergebnisses und der sich zusätzlich weiterhin verschlechternden Liquiditätslage bis hin zur drohenden Zahlungsunfähigkeit hat der Rat der Stadt Gronau in seiner Sitzung am 30.10.2019 ein Maßnahmenpaket beschlossen, welches u.a. eine auskömmliche Kapitalausstattung des Unternehmens in Höhe von T€ 2.500 vorsieht, um die notwendigen Restrukturierungsmaßnahmen kurzfristig einleiten und durchführen zu können. Die Beschlussfassung sieht unter anderem auch vor, dass die Geschäftsleitung des Unternehmens zu Begleitung des Restrukturierungsprozesses zeitlich begrenzt verstärkt wird. Um ein Insolvenz-antragsrisiko während des Restrukturierungsprozess zu minimieren, ist zudem der Beschluss gefasst worden, dass die Stadt Gronau als Gesellschafter eine bis zum 31.12.2022 befristete Patronatserklärung über T€ 1.000 abzugeben hat.

Ziel dieser Restrukturierungsmaßnahme soll die kritische Überprüfung der bestehenden Kostenrechnung und anschließenden Anpassung dieser an die tatsächlichen Bedürfnisse des Unternehmens sein. Weiterhin soll nach einer gründlichen Analyse ein Konzept erstellt werden, welches als Entscheidungsgrundlage dafür dienen soll, welche Sparten oder Teilbereiche aufgrund des bestehenden Bedarfes fortgeführt werden sollen, auch wenn diese defizitär sein sollten, beziehungsweise welche Sparten und Teilbereiche gegebenenfalls abgestoßen oder geschlossen werden.

Gronau, 28.11.2019



Ira von Borzyskowski
Geschäftsführerin